

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus Griechenland

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Das so genannte Hotspot-Konzept der Europäischen Union führt dazu, dass immer mehr Schutzsuchende unter unerträglichen Bedingungen in Griechenland untergebracht werden. Vor allem für unbegleitete Kinder ist die Situation besonders schwer: Nachdem sie erst vor Krieg und Verwüstungen geflohen sind, müssen sie nun unter menschenunwürdigen Verhältnissen an der europäischen Außengrenze leben. Deshalb ist es höchste Zeit zu handeln.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- a) im Rahmen eines humanitären Sofortprogramms unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen,
- b) sich auf Bundesebene für ein Aufnahmekontingent des Bundes für besonders schutzbedürftige und unbegleitete minderjährige Geflüchtete von den griechischen Ägäis-Inseln einzusetzen.

Begründung:

Zurzeit leben weit über 40.000 Geflüchtete in den Flüchtlingslagern in Griechenland und auf den ägäischen Inseln Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos, obwohl deren Kapazitäten nur auf etwa 9.000 Personen ausgelegt sind. Allein im Lager Moria auf Lesbos befinden sich 17.000 statt der vorgesehenen 3.500 Menschen, darunter auch zahlreiche unbegleitete minderjährige Schutzsuchende. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR leben derzeit mehr als 4.400 unbegleitete Kinder in griechischen Lagern, von denen nur jedes vierte altersgerecht untergebracht sei. Die medizinische Untersuchung und Versorgung ist völlig unzureichend, eine besondere Schutzbedürftigkeit, wie schwerwiegende Krankheiten oder Posttraumatische Belastungsstörungen, kann so kaum festgestellt oder gar behandelt werden.

Der griechische Regierungschef Kyriakos Mitsotakis forderte andere EU-Staaten schon im September 2019 dazu auf, zumindest Minderjährige aus den Inselhotspots zu holen und aufzunehmen. Das sieht auch der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth, so, er nannte die Situation „dramatisch“: „Ich werbe seit einem Jahr dafür, für diese überschaubare Zahl von geflüchteten Minderjährigen eine pragmatische, rasche, humanitäre Lösung zu finden“. (dpa, 23.12.2019) Ende des Jahres 2019 bekam die Debatte um die Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter in Deutschland durch einen Beitrag des Grünen-Vorsitzenden Robert Habeck in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ neuen Auftrieb. „Holt als erstes die Kinder raus“, forderte Habeck dort und erhielt viel Zustimmung seitens der Kirchen und aus Verbänden und Parteien. Das Bundesinnenministerium lehnte diese Forderung jedoch ab.

In Brandenburg haben sich unter anderem die Städte Potsdam und Frankfurt/ Oder dazu bekannt, unbegleitete Kinder aus den griechischen Lagern aufnehmen zu wollen. Die humanitäre Katastrophe, die sich dort abspiele, sei ein Armutszeugnis für Europa, sagte der Potsdamer Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD). Potsdam sei jederzeit in der Lage, die Minderjährigen aufzunehmen, unterzubringen und zu betreuen. Brandenburgs Integrationsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) begrüßte die Initiative.

Auch der Landtag sollte deutlich machen, dass das Land Brandenburg - wie in der Vergangenheit auch - in solchen humanitären Fragen gemeinsam mit anderen Bundesländern vorangeht, wo die Bundesregierung oder die Europäische Union sich weigern zu helfen.